



Evangelischer Verein für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e.V.

Jahresbericht 2020

Evangelischer Verein für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e.V.
Lindleystraße 15
60314 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 408958-100
Telefax: +49 69 408958-170
E-Mail: info@evfwh.de
Homepage: www.evfwh.de

Amtsgericht Frankfurt am Main, VR 8389, gegründet 1984
Vorstand Pfarrer Dr. Michael Frase
Stellvertreterin Karin Kühn
Besondere Vertreter gem. § 30 BGB:
Rebekka Georgi und Heinz Gonther



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
I. Rückblick auf das Jahr 2020	2
Veränderungen und Herausforderungen für unsere Mitarbeitenden	3
Veränderungen und Herausforderungen für unsere Klient_innen	4
Rückblick aus den Arbeitsbereichen	5
II. Statistischer Überblick zum Stichtag 31.12.2020	8
Zentrale Vermittlung von Unterkünften (ZVU) in <i>Frankfurt</i>	8
Zentrale Vermittlung von Unterkünften (ZVU) in <i>Offenbach</i>	8
Erschließung und Verwaltung von Unterkünften (EVU) in <i>Frankfurt</i>	8
III. Resümee, Ziele und Ausblick	9



Vorwort

*„Alle Normalos da drin, und wir da draußen.
Wir, die wir jetzt viel sichtbarer als sonst sind.“*
(Mirko, Obdachloser in Berlin, in [taz](#) vom 27.03.2020)

Die Corona-Pandemie hat die ohnehin prekären Lebenslagen von Wohnungslosen verdeutlicht und verschärft. Nicht nur Wohnungslose die „da draußen“ sind und „Platte machen“ werden in dieser Pandemie als besonders gefährdet angesehen, sondern auch die „da drinnen“, die sich in einer Gemeinschaftsunterkunft ein Zimmer oder Sanitäranlagen und Küchen mit anderen teilen.

Unser Verein trägt einen entscheidenden Beitrag dazu bei, Schutzräume durch eine übergangsweise Unterbringung bereitzustellen. Sie sollen vor Witterung schützen, Rückzug und Privatsphäre ermöglichen, Möglichkeiten geben, um Eigentum zu verstauen, zu kochen, zu baden, übergangsweise zu wohnen. Noch immer kann dies aber auch bedeuten, sich, teilweise auch über Jahre, ein Zimmer mit anderen Unbekannten zu teilen, Küchen und Bäder gemeinsam zu nutzen. *#stayathome* ist für Wohnungslose nur bedingt umsetzbar. Sie haben kein „eigenes“ Zuhause, in das sie sich zurückziehen können und kaum Möglichkeiten Kontakte zu reduzieren oder sich zu schützen. Zusätzlich arbeiten sie häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind dadurch in vielen Fällen einer erhöhten Infektionsgefahr ausgesetzt, oder sie haben ihr Arbeitsverhältnis möglicherweise sogar ganz verloren.

Homeoffice und *Homeschooling* – beides setzt voraus, dass ebendieses „Home“ überhaupt vorhanden ist. Bei allen Aufrufen zu *#wirbleibenzuhause/#stayathome* wird ein Teil der Bevölkerung schlichtweg nicht mitgedacht.

Die Auswirkungen der Pandemie auf Wohnungslose haben den akuten Handlungsbedarf der Festschreibung von Mindest- und Qualitätsstandards bei der Versorgung Wohnungsloser betont. Es braucht diese, um eine übergangsweise Unterbringung in menschenwürdigen Verhältnissen und Gesundheit zu gewährleisten. Dabei liegt ein wichtiges Augenmerk auch auf der Diskussion um eine angemessene Wohnraumversorgung als Grundbaustein für die Umsetzung eines Rechts auf angemessenes Wohnen.

Für uns alle war das letzte Jahr überraschend und auf unterschiedliche Art und Weise auch immer wieder anstrengend, für jede_n von uns *anders*. Auch dieser Jahresbericht fällt daher etwas *anders* aus. Wir geben unsere Herausforderungen aus 2020 daher insbesondere in Zitaten¹ unserer Mitarbeitenden wieder. Jeder einzelne Gedanke steht und spricht für sich. Wir haben bis heute viele Sorgen und Ängste durchgestanden, uns umorganisiert, Fürsorge geleistet – gemeinsam viel erreicht!

Wir bedanken uns bei allen, die uns im letzten Jahr begleitet und unterstützt haben.

Frankfurt am Main, 8. Juni 2021

Rebekka Georgi und Heinz Gonther
Geschäftsführung

¹ Wir möchten in unserem Jahresbericht alle ansprechen und verwenden gendersensible Sprache. Die Zitate unserer Mitarbeitenden werden unverändert übernommen.



I. Rückblick auf das Jahr 2020

Als Verein können wir ein „Zuhause“ nicht ersetzen und nur bedingt Schutzräume bereithalten. Und doch müssen wir versuchen, eine menschenwürdige Ausweichmöglichkeit und kurzzeitige Alternative zu finden. Das letzte Jahr hat erneut betont, dass wir zur Gewährleistung einer menschenwürdigen Unterbringung definierte Mindeststandards benötigen.

Im August 2020 haben wir unseren Standpunkt bei einer Anhörung im Hessischen Landtag zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes verdeutlicht. Neben anderen Wohlfahrtsverbänden und kommunalen Vertretern haben wir unseren Fokus insbesondere auf die im Gesetzentwurf erneut als *„für nicht notwendig erachtete Normierung von Mindeststandards betreffend die Unterkunft“* gelegt. Wir haben von unseren Erfahrungen berichtet und verdeutlicht, dass die oft als kurzfristig angedachten Unterbringungen in der Regel zu dauerhaften Lösungen geworden sind und betont, dass wir Mindeststandards fordern: Zum einen bspw. als *materielle* Mindeststandards (Raum, Größe, Haushaltszusammensetzung, Ausstattung etc.) oder einer Definition einer maximalen Aufenthaltsdauer. Zum anderen als *sozialpädagogische* Standards, um eine angemessene und qualitative integrative Begleitung zu gewährleisten. Unsere Forderungen nach Mindeststandards beziehen sich dabei stets auf alle Menschen, die wohnungslos sind, unabhängig von der Art des Leistungsbezugs oder der Nationalität. Denn sie alle benötigen Unterstützung. Die Novellierung des Landesaufnahmegesetzes wurde nach einer weiteren Runde beschlossen, ohne Mindeststandards darin aufzunehmen. Doch wir sind guter Hoffnung: Wie Sozialminister Kai Klose ankündigte, will sich die Landesregierung kurzfristig mit Sozialverbänden und kommunalen Spitzenverbänden in einer „AG Unterbringung“ mit Mindeststandards befassen.

Auch uns hat die Pandemie im letzten Jahr herausgefordert. Entgegen erster Befürchtungen hat das „Corona-Jahr 2020“ jedoch (noch) nicht quantitativ zu einer rein zahlenmäßig erhöhten Unterbringungsanfrage geführt. Inhaltlich jedoch musste sich viel verändern: Wir haben unsere Arbeitsweisen hinterfragt, umgestellt und Arbeitsabläufe umorganisiert, um handlungsfähig zu bleiben. Der persönliche Austausch wurde reduziert und eine zunehmende Digitalisierung sowie mobiles Arbeiten gewannen an Bedeutung. Gleichzeitig wurde schnell deutlich, dass wir mit diesen Maßnahmen an unsere Grenzen stoßen. Insbesondere in den sozialdienstlichen Bereichen galt es, weiterhin „vor Ort“ zu sein, da die Kommunikation mit einem großen Teil unserer Bewohner_innen nur per „face-to-face“ umsetzbar ist. Um unsere qualitativen Ansprüche aufrecht zu erhalten und unserem inhaltlichen Auftrag trotz der veränderten Umstände gerecht zu werden, galt es zum einen die Arbeitsprozesse im Hinblick auf gesteigerte Hygieneanforderungen anzupassen und sowohl eine Erreichbarkeit als auch einen Beitrag zur Aufklärung zu gewährleisten, zum anderen vermehrte Rückfragen der Klient_innen aufgrund der eingeschränkten Erreichbarkeit der Behörden zu kompensieren.

Im Arbeitsbereich *Betreutes Wohnen* galt es neben den Erschwernissen der Pandemie insbesondere die Leistungsumstellung auf den Landeswohlfahrtsverband umzusetzen. Es galt, eine hochwertige Betreuung trotz der bürokratischen Umstellung zu gewährleisten.

Zum April dieses Jahres haben wir einen vorläufigen Rückblick gewagt, den wir im Folgenden in den Zitaten unserer Mitarbeitenden veranschaulichen möchten. Sie verdeutlichen die Veränderungen und Herausforderungen sowohl für unsere Mitarbeitenden als auch für unsere Klient_innen:

Überblick

Zum 31.12.2020 zählen wir

- 105 Mitarbeitende in vier Arbeitsbereichen sowie Buchhaltung, Controlling, Verwaltung und Stabstellen, davon 79 in Vollzeit, 23 in Teilzeit und 3 geringfügig Beschäftigte,
- 6.660 Vermittlungen in Frankfurt am Main sowie 555 Vermittlungen in Offenbach am Main im Arbeitsbereich Zentrale Vermittlungen von Unterkünften (ZVU) (*Belegung zum 31.12.*),
- 18 Unterkünfte mit 1.404 bereitgestellten Plätzen im Arbeitsbereich Übergangsunterkünfte (ÜUK)
- 230 Wohneinheiten mit 677 Bewohner_innen im Arbeitsbereich Erschließung und Verwaltung von Unterkünften (EVU)
- sowie 34 Plätze im Betreuten Wohnen.



„Das Maskentragen ist oft anstrengend, da wir etliche Stunden am Tag in Gesprächen sind. Mitmenschen sind außerdem unter der Maske schwerer zu verstehen.“

„Kollegiale Kontakte sind weniger geworden und fehlen, besonders bereichsübergreifend. Außerdem fehlt das gemeinsame Mittagessen, was auch ein Stückweit „Teambuilding“ war.“

„Im Kollegium gibt es weniger direkten, persönlichen Austausch. Da einige Kolleg:innen zeitweise mobil von zu Hause aus arbeiten und wir alle bemüht sind, Kontakt in den Büros so kurz wie möglich zu halten bzw. zu vermeiden. Rücksprache erfolgen meist telefonisch, Flur- und Bürogespräche entfallen. Der Austausch in kurzen persönlichen Besprechungen oder in Videokonferenzen ist meist zielgerichtet.“

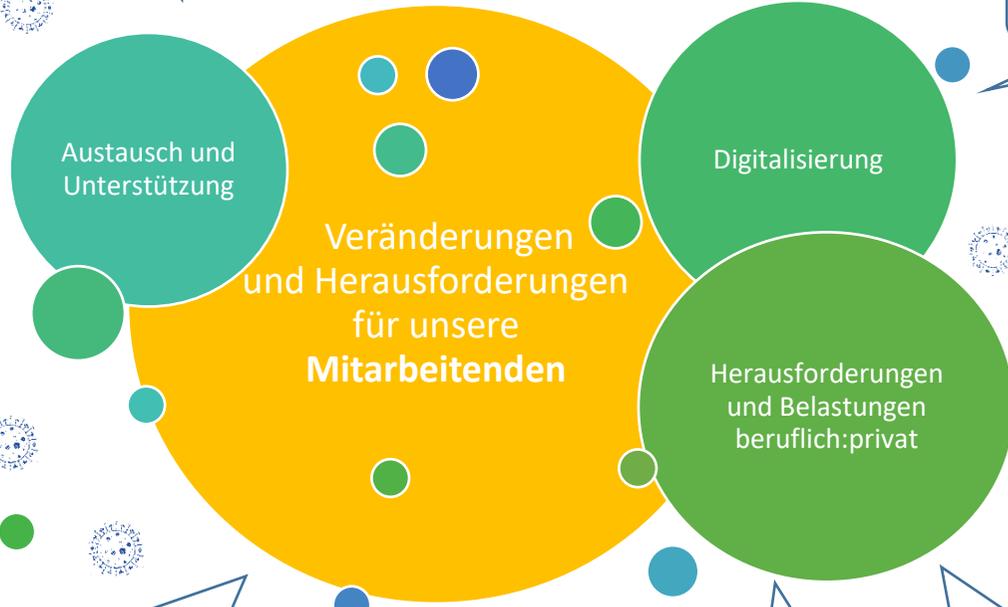
„Es finden kaum Außentermine statt. Der Kontakt mit Auftraggeber:innen und Partner:innen erfolgt vorwiegend telefonisch oder in Form einer Videokonferenz. Positiv ist, dass dadurch auch kurzfristige Abstimmungstermine möglich sind, die sonst durch Fahrzeiten, enge Termintaktungen etc. nicht stattgefunden hätten.“

„Durch weniger Fahrwege hat sich die Arbeitsorganisation verändert. Wir können mehr Zeit produktiv in der Geschäftsstelle einsetzen.“

„Leider konnte ich mein neues berufliches Umfeld bisher nicht ohne Covid-19 kennenlernen. Das „Home-Office“ ist als Haustechniker nicht möglich.“

„Trotz der vielen Menschen die hier auf engen Raum zusammenleben, trotz gemeinschaftlicher Toiletten, Duschen und Küchen, gab es nur wenige positive Fälle. Diese hatten bisher keine großen Auswirkungen auf das Leben im Haus. Trotzdem steht die Frage eines möglichen positiven Falles immer bedrohlich im Hintergrund. Informiert uns die betreffende Person zeitnah und beachtet die Quarantäne? Gibt es wo möglich weitere Ansteckungen? Wann war ich selbst zum letzten Mal in direkten Kontakt, wann meine Mitarbeiter? Meine große Hoffnung ist, dass wir es weiterhin in diesem Rahmen hinbekommen und die Impfungen endlich beginnen. Unklar bleibt, was passieren wird, wenn in diesem Haus ein Hot-Spot sich entwickelt.“

„Im digitalen Arbeiten haben wir alle sehr viel dazu gelernt. Vermutlich haben nur wenige Mitarbeitende vorher mit Videokonferenzen etc. gearbeitet. Mittlerweile sind wir darin sehr geübt.“



„Wir sind digitaler geworden, haben Webcams und Headsets erhalten. Die Behörden sind ebenfalls digitaler geworden, mittlerweile sind die Zugänge zu diesen erleichtert und die Erreichbarkeit dort hat sich verbessert.“

„Für mich persönlich ist es eine besondere Herausforderung einen „guten Job zu machen“ und gleichzeitig, bei geschlossenen Kindertageseinrichtungen, eine „gute Kinderbetreuung“ zu gewährleisten. Ohne familiäre Unterstützung wäre eines von beiden an vielen Tagen nicht möglich gewesen.“

„Viel Geduld gegenüber den Klient_innen aufbringen, was das Nachreichen von Dokumenten betrifft und das wieder den Ämtern erläutern, damit die Fristen verlängert werden. Also insgesamt eine Verlangsamung des Arbeitsprozesses.“

„Der Beziehungsaufbau zu Klient*innen mit Schwierigkeiten auf der zwischenmenschlichen Ebene wurde durch fehlende persönliche Kontakte noch schwerer.“

„Eine psychische Belastung ist im Alltag und im Berufsleben zu spüren. Zudem habe ich auch einen langen Arbeitsweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln.“

„Das Gefühl machtlos zu sein, gegenüber dem menschlichen Elend. Das Gefühl machtlos zu sein und kaum etwas ändern zu können, was die persönlichen Herausforderungen der Klient_innen im Alltag mit sich bringen [...]“

„Psychische Belastung: Am Anfang sehr hoch, weil niemand wusste wie man mit der Situation umgeht.“





Rückblick aus den Arbeitsbereichen

Das letzte Jahr brachte viel Ungewissheit und Unruhe mit sich. Es galt, handlungsfähig zu bleiben, sowohl in der Geschäftsstelle als auch im technischen und sozialdienstlichen Bereich. Neben den Besonderheiten und Herausforderungen der Corona-Pandemie ging der tägliche Betrieb weiter, auch neue Chancen tauchten auf. Unsere Teamleitungen sowie unsere Ehrenamtskoordinatorin geben im Folgenden ihre Eindrücke aus den jeweiligen Arbeitsbereichen für das Jahr 2020 wider:

„Der Arbeitsbereich Betreutes Wohnen war im Jahr 2020 insbesondere von der Umstellung der Finanzierung auf den Landeswohlfahrtsverband Hessen und der damit einhergehenden Trennung zwischen Betreuungsleistung und den Entgelten für die Nutzung des vom Verein zur Verfügung gestellten Wohnraums geprägt. Dadurch machte sich ein erhöhter Abstimmungsbedarf mit verschiedensten Akteuren „rund um KlientInnen“ bemerkbar. Der Verwaltungs- und Bürokratieaufwand ist gestiegen, was bedeutet, dass weniger Zeit für die tatsächliche Betreuungsleistung bleibt. Entscheidungsprozesse im Hintergrund sowie Prüfen von Zugangsvoraussetzungen und Zuständigkeiten führen immer wieder zu zeitlichen Verzögerungen. Dies erfordert von unseren Klient_innen und uns ein hohes Maß an Geduld. Wir unterstützen unsere Klient_innen bei der Verselbständigung und Übernahme von Eigenverantwortung. Aufgrund der komplizierten Bürokratie ist dies derzeit oft erschwert. Das „sich wieder überflüssig machen“ ist herausfordernd. Da wir unsere Klient_innen in vereinseigenen Wohnraum betreuen, befinden wir uns zudem in der ständigen Doppelrolle als „Mahner“ für die Entgelte für die Nutzung der Wohnung und gleichzeitig als Betreuungsperson, die unterstützen soll. Diese auch kontrollierende statt nur unterstützende Funktion belastet immer wieder die Beziehungsgestaltung. Die pandemiebedingte zunehmende Digitalisierung der Kommunikation mit öffentlichen Stellen erleichtert die Prozesse. Zunehmend werden persönliche Kontakte bei den Ämtern benannt, um kürzere Abstimmungswege zu ermöglichen. Sie tragen nicht in jedem Fall zur Verselbständigung der Klienten bei.“

A. Süß,
Teamleitung Betreutes Wohnen

„Die Pandemie hat das letzte Jahr bestimmt. Es war geprägt von Veränderungen und Anfängen, aber auch von Zusammenhalt. In den Unterbringungszahlen machte sich das weniger bemerkbar. Sie sind weitgehend unverändert. Vielmehr veränderte sich die Art und Weise unserer Arbeit. Alles drehte sich um Corona und wie wir da trotz der Ängste durchkommen. Und für die Bewohner sicherlich auch. Es gab kaum ein anderes Thema. Im Bereich Sozialdienst konnten keine Begehungen von Hotels und Unterkünften mehr durchgeführt werden. Dafür konnten wir uns intensiv mit der Belegungsplanung beschäftigen und die Verlegungen organisieren. Wir waren mit größeren und kleinen Corona-Ausbrüchen in den Unterkünften beschäftigt und berieten die Betreiber. Im Bereich Vermittlungen veränderten sich durch die veränderte Arbeitsweise des Sozialamts auch unsere Wochenabläufe. Es gab keine Hauptvermittlungstage mehr und somit auch weniger ruhige Tage mehr, die dann für Vor- und Nachbearbeitung genutzt werden konnten. Teilweise arbeiteten Kollegen im Homeoffice oder nahmen Kinderkrankentage in Anspruch, so dass die Kollegen in der Geschäftsstelle einen Mehraufwand hatten. Alle haben sehr kollegial aufeinander geachtet. Gerade die Kolleginnen und Kollegen mit Familien wurden sehr unterstützt. Bei der Verbesserung der Standards der Unterbringung sind wir auch ganz ohne Corona weiter vorangekommen. Einige Hotels mit niedrigen Standards konnten geräumt und Personen in Unterkünfte mit höheren Standards verlegt werden. Da tut sich tatsächlich recht viel.“

V. Patze,
Teamleitung Zentrale Vermittlung von Unterkünften



„Das letzte Jahr war eher ein ruhiges Jahr, was die Aufträge anging. Wir hatten im handwerklichen Bereich weniger Meldungen, so dass unsere Kollegen sich auf grundlegende Instandhaltungsarbeiten konzentrieren konnten, wie beispielsweise das Streichen von Fluren und Treppenhäusern. Teilweise war es schwierig für die Handwerker, mit der Situation vor Ort, vor allem in den EVU-Wohnungen, umzugehen. Es müssen Dinge erledigt werden, aber die Bewohner:innen gehen nicht immer auf Abstand oder man muss sie öfter daran erinnern. Das war ein großer zusätzlicher Stressfaktor bei der Arbeit.“

M. Wischnewski,
Teamleitung Baucontrolling

„Das letzte Jahr zeichnete sich durch eine intensive Präsenz unserer Mitarbeitenden aus. Sie zeigten ein hohes Verantwortungsbewusstsein. Für alle war es selbstverständlich, wir sind jetzt vor Ort und bleiben da, um zu unterstützen. Sei es, dass intensive Hygienestandards umgesetzt wurden oder Aushänge aufgehängt und Neuerungen erklärt wurden. Es war klar, dass wir den Betrieb aufrecht erhalten müssen. Telefonisch oder per E-Mail ist unsere Arbeit nicht umsetzbar, sei es aufgrund der bestehenden Sprachbarriere oder auch, dass die technische Ausstattung fehlt. Ein persönliches Gespräch kann nicht ersetzt werden. Gleichzeitig erhöhte die Schließung der Ämter die Arbeitsbelastung für unsere Mitarbeitenden. Obwohl Kontakte reduziert werden sollten, war intensive persönliche Kontaktaufnahme erforderlich. Aufmunternde Worte oder ein Dankeschön wären gut gewesen. Es ist nicht selbstverständlich, dass sich jeder unmittelbar einem Risiko aussetzt. Und natürlich hat die Pandemie was mit uns allen gemacht und uns auch psychisch herausgefordert.“

Auch wenn durch Homeoffice und Schließung der Ämter oder mangels Vertretungen die Kontakte mit dem Sozialamt oft verzögert waren, konnten wir in einigen Fällen durch einen intensiven Austausch mit dem Sozialamt Verlegungen oder Beendigungen vermeiden.

Wir hätten uns frühzeitig mehr Unterstützung gewünscht, auch wenn es um die Anerkennung als systemrelevante Berufe ging, um Erleichterung bei der Beschaffung von Schutzausrüstung oder Kinderbetreuung für die Mitarbeitenden zu ermöglichen. Aber auch, wenn es um Standards oder best-practice-Beispiele geht, um einen guten Infektionsschutz zu gewährleisten. Oder in Form von Gesundheitslotsen, die sowohl sprachlich als auch mit medizinischem Fachwissen helfen und die Ängste der Bewohner_innen besser abfangen können. Alles in allem war es ein herausforderndes Jahr. Die Welt stand still. Privat wurde es ruhiger. Beruflich war vieles ungewiss und unruhig. Unser Team hat gut zusammengestanden und sich gegenseitig gestützt, um die Stellung vor Ort zu gewährleisten.“

S. Böhm,
Teamleitung Übergangsunterkünfte West

„Das letzte Jahr war kräfteaubend, unruhig und hat von uns allen viel verantwortliches Handeln verlangt. Wir haben gelernt, flexibel zu reagieren und immer einen „Plan B“ parat zu haben.“

Gerade zu Beginn der Pandemie hatten viele Bewohner_innen große Ängste, sich mit dem Coronavirus anzustecken. Für manche war die Lage aufgrund der Belegung in geteilten Doppelzimmern oder gemeinschaftlicher Nutzung von Bad und Küche besonders prekär. Durch eine zeitweise Einzel- statt Doppelzimmerbelegung konnte die Situation verbessert werden. Viele Bewohner_innen fühlten sich so in ihren Ängsten wahrgenommen, unterstützt und verstanden. Konflikte traten weniger auf. Im Vergleich dazu zeigten sich in den Unterkünften mit Apartmentstrukturen deutlich weniger Infektionen. Hier verdeutlicht sich der Bedarf nach einer standardisierten Unterbringung in Apartmentstrukturen.

Unsere Mitarbeitenden hatten durch die Schließung der Ämter und damit erhöhten Unterstützungsanfragen seitens der Bewohnerschaft eine erhöhte Arbeitsbelastung. Aufgrund niedrigen Bildungsniveaus, mangels sprachlicher Barrieren oder technischer Ausstattungen sind viele Bewohner_innen auf die direkte persönliche Ansprache und Unterstützung angewiesen. Sie sind von der zunehmenden Digitalisierung abgehängt. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Kommunikation mit den verschiedenen Behörden weiter verbessert.

Positiv ist, dass die ausgesetzten Teamsitzungen teilweise durch digitale Formate ersetzt werden konnten und es in den letzten Monaten zunehmend wieder zu mehr Austausch zwischen den Kolleg_innen kommen konnte. Es hat sich verdeutlicht, dass ein Austausch unverzichtbar ist: Zu sehen, wie gehen andere mit der Situation um? Welche Probleme tauchen auf? Wie können diese bearbeitet oder behoben werden? Das ist anfangs auf der Strecke geblieben. Hier besteht der Wunsch nach turnusmäßigen Sitzungen, um einen stetigen Raum für Themen zu ermöglichen. Auch für Kooperationstreffen mit anderen Trägern haben sich die digitalen Formate bewährt.“

M. Peter,
Teamleitung Übergangsunterkünfte Ost



„Corona war das besondere Thema des letzten Jahres. Es war eine düstere Zeit mit viel Verunsicherung. Gleich im April hatten wir die ersten Fälle in einer Unterkunft und drei Mitarbeitende mussten in Quarantäne. Es tauchten gerade am Anfang viele Fragen auf: Wie steckt man sich an? Wie gefährlich ist das? Wie schützt man sich? Wie setzt man die Maskenpflicht um? Heute wissen wir mehr. Und in der Nachbetrachtung sind manche Dinge auch gar nicht so schlecht gelaufen.

Schwierig für einige Mitarbeitende war es, Beruf und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. Es hätte geholfen, wenn der Arbeitsbereich Wohnungslosenhilfe zu den systemrelevanten Berufen gezählt hätte, um einen Anspruch auf einen Notbetreuungsplatz für ihre Kinder zu haben.

Möglicherweise hat die Pandemie gewisse Schwachpunkte verdeutlicht, die vorher auch schon verbesserungswürdig gewesen wären: Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, in denen Toiletten und Küchen gemeinsam genutzt werden müssen und die Bewohnerinnen und Bewohner sich einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen oder beengte Zimmer, in denen insbesondere die vom Lockdown betroffenen Kinder leiden müssen und auch fehlendes WLAN für das Homeschooling....

Für einige EU-Bürger, die infolge der Pandemie ihre Arbeitsplätze verloren und schwierig an weitergehende Sozialleistungen kamen, stand deren Unterbringung auf der Kippe.

Eine Grenze unseres Handelns wurde uns auch bewusst, als gegen eine Bewohnerin, die gewalttätig wurde, die Betreiberkündigung nicht vollzogen werden konnte, da sie einfach nicht auszog. Eine Räumung musste beantragt werden, weitere 6 Wochen vergingen. Aus Angst zog das Opfer aus.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Unterkünften haben das wirklich toll gemacht. Sie sind jeden Tag weiterhin zur Arbeit gegangen, haben sich der Infektionsgefahr ausgesetzt und dann die ganzen Lücken, die im Hilfesystem durch Schließung von Ämtern und Beratungsstellen entstanden sind, überwunden. Sie haben zusätzliche Aufgaben, wie die Unterstützung beim Homeschooling für Kinder und Sprachschüler übernommen und zudem deutlich mehr Anträge geschrieben. Es war wirklich ein ganz großes Engagement der Kolleginnen und Kollegen, die sehr viel abgefangen haben.“

W. Leonardi,
Teamleitung Übergangsunterkünfte Nord

„Mein Arbeitsumfeld der Ehrenamtskoordination hat sich im letzten Jahr durch die Pandemie komplett verändert. Ich war ebenso wie viele meiner Kolleg*innen in der Ehrenamtskoordination sehr frustriert. Wir konnten nichts machen, nichts planen. Ich war selbst im Homeoffice und hatte weniger persönlichen Austausch mit den Kolleg*innen. Der Kontakt zu Ehrenamtlichen fand von heute auf morgen digital statt. Die technische Umsetzung war immer wieder herausfordernd. Es war eine schwierige Zeit.

Zu Beginn der Pandemie waren viele in Sorge um eine Ansteckung, sowohl Bewohner*innen als auch Ehrenamtliche. Es war alles sehr angstgeprägt. Auch bei den vereinzelten Veranstaltungen im Sommer, wie bspw. den Bridges-Konzerten im GelaGarten waren alle sehr vorsichtig. Die Stimmung war sehr angespannt. Leider haben auch unsere Ü65-Ehrenamtlichen ihre Tätigkeit ausgesetzt. Sie waren sehr traurig, dass sie sich nicht mehr nützlich machen konnten.

Es haben sich aber auch neue Chancen aufgetan. Wir starteten Aufrufe zu Lebensmittelspenden für unsere Bewohner*innen mit geringem Einkommen und haben eine hohe Spendenbereitschaft erlebt. Eher Jüngere, bspw. Studierende oder Kurzarbeitende boten ihre Unterstützung an und konnten in 1:1-Tandems oder als Nachhilfe für Kinder vermittelt werden. Da viele Gruppenangebote nicht stattfinden oder Häuser aufgrund des Besuchsverbots nicht betreten werden konnten, haben wir einige Freiwillige an andere Träger weitervermittelt.

Ich sehe auch zukünftig einen hohen Bedarf an Einzelbegleitung, vor allem mit dem Schwerpunkt auf Unterstützung bei der Wohnungssuche. Eine eigene Wohnung ist neben Arbeit und Sprache eine der zentralen Faktoren für Autonomie und Integration. Ich würde mir wünschen, dass wir hier unsere Bewohner*innen mehr unterstützen könnten. Für sie ist die Wohnungssuche eine Herzensangelegenheit.“

S. Horn,
Ehrenamtskoordination

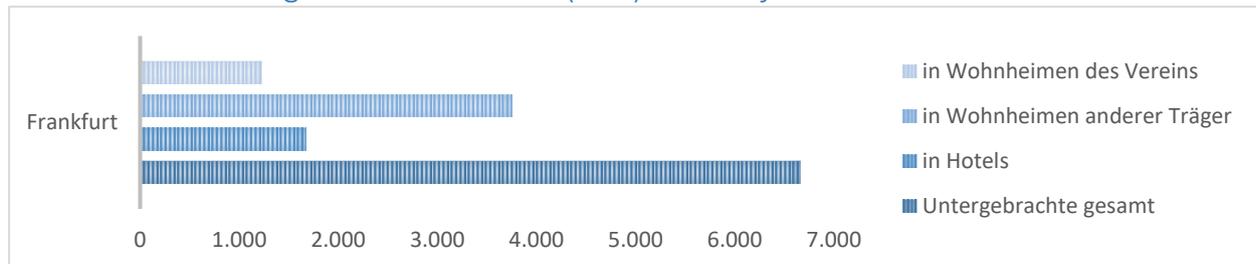


II. Statistischer Überblick zum Stichtag 31.12.2020

Im folgenden Abschnitt geben wir einen Überblick über die Unterbringungszahlen und die Art der Belegung zum Ende des Jahres 2020 (Stichtag: 31.12.2020).

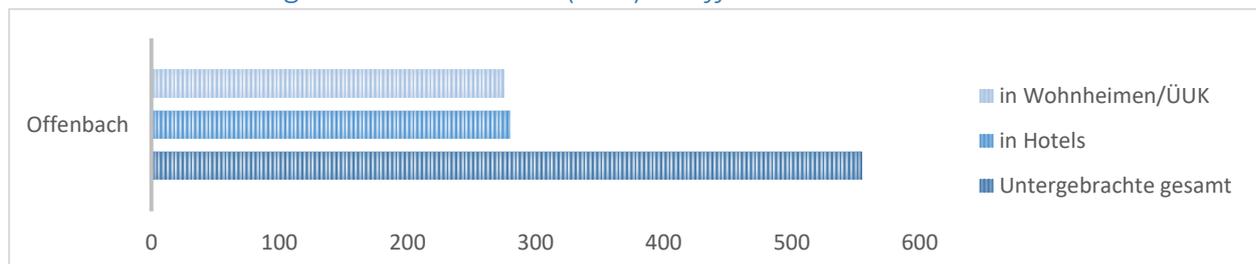
Im Bereich der *Zentralen Vermittlung von Unterkünften (ZVU)* sind die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr als relativ stabil zu werten. In *Frankfurt* konnten 6.660 Personen, in *Offenbach* 555 Personen untergebracht werden. Im Detail:

Zentrale Vermittlung von Unterkünften (ZVU) in Frankfurt



6.660 untergebrachte Personen insgesamt in Frankfurt,
davon 1.679 in Hotels
und 4.981 in Wohnheimen und Übergangsunterkünften
(hiervon 1.228 in Wohnheimen und Übergangsunterkünften des Vereins).

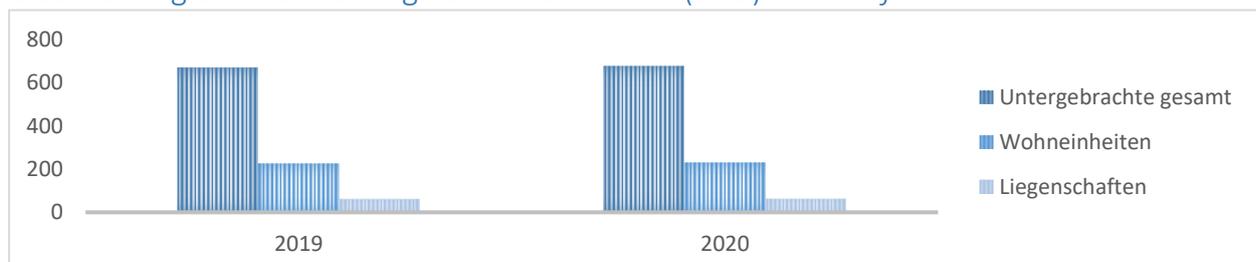
Zentrale Vermittlung von Unterkünften (ZVU) in Offenbach



555 untergebrachte Personen insgesamt in Offenbach,
davon 280 in Hotels
und 275 in Wohnheimen und Übergangsunterkünften.

Auch im Bereich *Erschließung und Verwaltung von Unterkünften (EVU)* sind die Unterbringungszahlen im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil. In Frankfurt wurden 677 Personen in 230 Wohneinheiten in 61 Liegenschaften versorgt. Zum Vergleich: Zum 31.12.2019 waren dies 670 Personen in 226 Wohneinheiten in 59 Liegenschaften.

Erschließung und Verwaltung von Unterkünften (EVU) in Frankfurt



677 untergebrachte Personen
in 230 Wohneinheiten
in insgesamt 61 Liegenschaften.



III. Resümee, Ziele und Ausblick

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zahlen untergebrachter Personen in Frankfurt und Offenbach als stabil zu bewerten. Es bleibt abzuwarten, ob dies in der Folge der Pandemie anhält. Trotz sinkender Infektionszahlen und einer zunehmenden Stabilisierung der Lage befinden sich nach wie vor noch viele Personen in Kurzarbeit oder müssen sonstige Einkommensverluste hinnehmen. Sie sind nicht nur aufgrund ihrer wirtschaftlichen Sorgen enorm psychisch belastet. Sozioökonomisch Benachteiligte sind auch besonders gefährdet, wohnungslos zu werden. Die langfristigen Auswirkungen der Pandemie sind noch lange nicht absehbar. Es gilt abzuwarten, wie sich dies auch in den nächsten Monaten und Jahren auch im Hinblick auf den Verlust von Wohnraum auswirken wird. Ein großes Augenmerk wird dabei auf präventiven Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnraumverlust liegen.

Das Europäische Parlament hat im November 2020 eine Resolution zur „Bekämpfung der Obdachlosenquote in der EU“ verabschiedet, die das Ziel hat, Obdachlosigkeit bis 2030 nachhaltig zu beseitigen, u.a. durch die Etablierung von Housing First-Projekten. Wir begrüßen dies sehr. Eine Umsetzung scheint derzeit durch den lokalen Wohnungsmarkt erschwert, da dieser zunehmend weniger Angebote im bezahlbaren Preissegment bereithält. Hier bedarf es einer gemeinsamen Strategie der verschiedenen Beteiligten.

Mit großen Erwartungen schauen auch wir auf die Koalitionsentwicklungen nach der Kommunalwahl im März 2021. Ein besonderes Augenmerk muss aus unserer Sicht auf dem Wohnungsmarkt sowie auf konkreten Strategien der Beseitigung von Wohnungslosigkeit in Frankfurt liegen. Mindeststandards und eine dezentrale Wohnraumversorgung müssen weiterentwickelt und festgeschrieben werden. Unseren Standpunkt hierzu haben wir ausführlich bei der Anhörung zur Novellierung des Landesaufnahmegesetzes bereits verdeutlicht. Ein Stück weit konnten wir diesem auch schon nachkommen und im letzten Jahr Personen aus Hotels mit niedrigen Standards in Unterkünfte mit höheren Standards verlegen. Auch weiterhin sind wir angehalten, dies fortzusetzen, aber auch die Diskussion aufrecht zu erhalten, um nachhaltige Ziele einer menschenwürdigen Unterbringung zu entwickeln.

Im Hinblick auf die vereinsinterne Entwicklung sind wir bei der zunehmenden Digitalisierung unserer Arbeitsprozesse ein Stück weiter vorangekommen. Hier gilt es, weiter dran zu bleiben, um die Kommunikation und Informationsweitergabe zu verbessern. Die Pandemie hat verdeutlicht, dass sozialdienstliche Betreuung mit unseren Klient_innen nicht per Videoschaltung erfolgen kann. Sie sind auf eine direkte und persönliche Ansprache und Betreuung angewiesen. Es gilt, diese wieder niedrigschwellig zu ermöglichen und krisenfest zu gestalten.

Wir freuen uns, dass wir trotz der erhöhten Anforderungen eine Vielzahl an ehrenamtlicher Unterstützung erfahren haben. Vielen Dank an alle helfenden Hände!

Gespannt schauen wir auf das weitere Jahr und freuen uns schon jetzt auf eine wieder intensivere Zusammenarbeit und einen persönlichen, gemeinsamen Austausch.

In diesem Sinne:

Blieben Sie gesund und mit uns im Austausch!

Spenden

Sie können unsere gemeinnützige Arbeit mit Spenden unterstützen und Ihren persönlichen Beitrag zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit leisten. Bei vollständiger Angabe Ihrer Adresse übersenden wir Ihnen gerne eine Spendenquittung.

Evangelische Bank eG
IBAN: DE32520604100004112326
BIC: GENODEF1EK1

Evangelischer Verein für Wohnraumhilfe
in Frankfurt am Main e.V.
Lindleystraße 15
60314 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 408958-100
Telefax: +49 69 408958-170
E-Mail: info@evfwh.de
Homepage: www.evfwfh.de